Weltrundschau : zur Strategie des Friedenskampfes ; Internationaler Klassenkrieg? ; Sozialisten - Kommunisten ; Asien im Umbruch ; Das Weltgewissen erwacht

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **51 (1957)**

Heft 6

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-140189

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Seine Worte im Dienste der Wahrheit waren einfach, konkret, unmißverständlich – was er über Freiheit und Demokratie in unserer Zeit zu sagen hatte, war nicht in verschleiernde Gleichnisse gehüllt und mochte bei vielen Anstoß erregen.

«Ich betrachte England nicht als freies Land, ebensowenig wie Amerika. Sie sind frei auf ihre Art, sie haben Freiheit, um die farbigen Völker der Erde in Sklaverei zu halten ... die Freiheit, die ihre Lehrer und Dichter schildern, ist ihnen vollkommen fremd.» (1942.) «Die Demokratien, die wir heute in England, Amerika und Frankreich (!) an der Arbeit sehen, sind nicht weniger auf Gewalt gegründet als Nazi-Deutschland, das faschistische Italien oder Sowjetrußland.» (1939.)

Der christliche Geist des Abendlandes erscheint Gandhi in dieser Gestalt: «Ich bin der festen Überzeugung, daß Europa heute nicht den Geist Gottes oder des Christentums vertritt, sondern den Geist Satans. Und Satan hat den größten Erfolg, wenn er den Namen Gottes im Munde führt. Europa ist heute nur dem Namen nach christlich. In Wirklichkeit betet es Mammon an.» (1920.)

Gandhi hat noch die japanische Katastrophe erlebt: «Ich betrachte die Verwendung der Atombombe zur wahllosen Vernichtung von Männern, Frauen und Kindern als den teuflischsten Gebrauch der Wissenschaft.» (29. September 1946.) «Die Atombombe sicherte den alliierten Waffen einen eitlen Sieg, sie überwältigte vorübergehend die Seele Japans, was sie aber der Seele der Zerstörernation angetan hat – das ist noch nicht abzusehen.» (7. Juli 1946.)

«Religion», sagte Gandhi, «ist der Glaube an die moralische Ordnung der Weltalls – die Herrschaft von Wahrheit und Liebe oder das Gottesreich auf Erden. Alle Religionen finden ihre Erfüllung in dieser Harmonie.»

Wir waren Zeugen des Sieges, den Gandhis Lehre der Gewaltlosigkeit für Indien davontrug. Es gibt verheißungsvolle Anzeichen, daß seine Botschaft nicht verhallt ist. Es ist die Tragik unserer Zeit, daß ihr Gandhis prophetischer Blick und das moralische Gewicht seiner Gegenwart versagt sind. Doch Gandhis Weg ist der einzige Weg in eine bessere Zukunft.

Paul Furrer

WELTRUNDSCHAU

Zur Strategie des Friedenskampfes

In einem meiner Bücherschränke habe ich auch zwei dicke Bände stehen mit dem Titel «Der Kampf um die Vermeidung des Weltkriegs». Es sind Randglossen und kurze Artikel, die Bertha von Suttner, die Verfasserin des berühmten Romans «Die Waffen nieder!»,

durch zwei Jahrzehnte hindurch zur Zeitgeschichte geschrieben hat, um die zur Katastrophe drängenden Kräfte bloßzustellen und zum Widerstand dagegen aufzurufen. Frau von Suttner hat – vielleicht glücklicherweise – den Ausbruch des Krieges, den sie nahen sah, nicht mehr erlebt; sie ist acht Tage vor den verhängnisvollen Schüssen von Serajewo, am 21. Juni 1914, aus dieser Welt geschieden. Wir andern haben nicht nur den Ersten, sondern auch noch einen zweiten Weltkrieg miterlebt. Und nun droht bereits ein dritter Krieg, der ebenso sicher wie seine beiden Vorgänger über uns kommen wird, sofern nicht noch rechtzeitig die radikale Umkehr von dem Irrweg erfolgt, auf dem sich die Politik der großen und kleinen Staaten, unerschüttert durch die Lehren zweier riesenhafter Zusammenbrüche, noch immer bewegt.

Bertha von Suttner ist, von ihrem sittlichen und gefühlsmäßigen Abscheu gegen Krieg und Gewalttätigkeit aus, rasch in die organisierte Friedensbewegung hineingewachsen, der man den Namen «ursächlicher Pazifismus» gegeben hat, weil sie sich «nicht unmittelbar gegen die Folge ‚Krieg', sondern gegen deren Ursache» wandte, die in der *Anarchie der zwischenstaatlichen Beziehungen* gesehen wurde. «Alle Staaten», so drückte es zum Beispiel Alfred H. Fried aus, der langjährige Mitarbeiter Frau von Suttners, «alle Staaten sind heute von einander abhängig, aufeinander angewiesen. Ein abgesonderter Staat ist nicht mehr denkbar ... Dadurch, daß die leitenden Menschen den Zusammenhang, die gegenseitige Abhängigkeit der Menschheit noch nicht erkennen, entsteht ein Widerspruch zwischen deren Einrichtungen und dem natürlichen Entwicklungsgang. Dieser Widerspruch ist der Ausgangspunkt allen Unheils, das heute die menschliche Gesellschaft bedrückt.»

Nun ist die Mißachtung der unverbrüchlichen Solidarität aller Völker gewiß eine schwere Schuld und Quelle unsäglichen Elends. Aber sie ist gleichwohl nicht eigentlich die *Ursache* der Kriege, sondern nur ihr *Kennzeichen*, wie das Kennzeichen der ganzen Politik, deren «Fortsetzung mit anderen Mitteln» der Krieg ist. Dadurch, daß man feststellt, der Krieg komme von der internationalen Anarchie, erklärt man nicht viel mehr, als wenn man, ein Scherzwort Fritz Reuters wiederholend, sagt, die Armut komme von der Powertee. Die Frage ist doch, *warum* die Völker und ihre Regierungen der Tatsache der Zusammengehörigkeit aller Nationen so konsequent ins Gesicht schlagen und ihrem wirklichen Vorteil immerzu aufs ärgste zuwiderhandeln. Der «ursächliche Pazifismus» antwortet darauf zwar: Weil sie diesen ihren Vorteil nicht zu *erkennen* vermögen. Gerade A. H. Fried spricht (zum Beispiel in seiner Schrift «Die Grundlagen des ursächlichen Pazifismus») immer und immer von diesem Mangel an Erkenntnis und von der Unvernünftigkeit der Verhältnisse, aus denen der Krieg herauswachse. Aber das ist doch nur jener typische Vernunftglaube – Rationalismus –, der seinerseits verkennt, daß eine vernünftige Ord-

nung der Gesellschaft erst möglich wird, wenn die unvernünftigen, irrationalen Kräfte überwunden sind, die die Anarchie im inneren und im zwischenstaatlichen Leben der Völker erzeugen. Es hat darum auch keinen sehr großen Wert, die Unvernunft und den wirtschaftlichen Widersinn des Krieges anzuprangern, wie es von Erasmus bis auf Norman Angell (man denke an dessen weitverbreitetes Buch «Die große Täuschung»), ja bis auf den heutigen Tag soviele Beobachter tun und taten, solange nicht die Kräfte gebrochen sind, die den ganzen Widersinn unserer sozialen und internationalen Einrichtungen verschulden. *Diesen* Kräften muß vor allem unser Kampf gelten!

Und zwar meinen wir damit sowohl die im Einzelmenschen und in ganzen Menschengruppen wirkenden Leidenschaften und Willensrichtungen als auch diejenigen, die sich in bestimmten gesellschaftlichen Ordnungen, Einrichtungen und Bewegungen verkörpern: persönlicher und kollektiver Egoismus, wirtschaftliche Selbstsucht, nationale und soziale Brutalität, organisierte Gewalttätigkeit, und so weiter und so fort. Namentlich Gewaltglaube und Gewalttätigkeit! Es ist darum verkehrt, wenn der «ursächliche» Pazifismus – auch der modernste – vermeintlich überlegen auf diejenigen herabsieht, die dem Krieg ganz direkt zu Leibe gehen, durch Ablehnung militärischer Gewalt und Gewaltdrohung. Das ist nicht oberflächliche Symptombekämpfung, sondern greift den Krieg an einer seiner Hauptwurzeln an, indem es die Dämonie *aller* militärischen *Rüstungen* enthüllt und ihr von den tiefsten Kräften her, die im Leben des Menschen und der Völker wirken, Widerstand leistet. Auch die vielbespöttelte «Friedensbertha» kommt heute, im Zeitalter der Wasserstoffbombe, zu einem von ihr selbst ungeahnten Recht – sie, die schon 1893 schrieb: «Mit der Aera der Sprengstoffe hat die Gewalt eine Form angenommen, in der ihr die Gewalt nicht mehr beikommen kann. Und das bedeutet – entweder das Ende des Menschengeschlechts oder das Ende der Gewalt. Wir hoffen das letztere.»

Der übliche Pazifismus geht aber auch viel zu gleichgültig an dem Gewaltgeist vorbei, der seinen Niederschlag in unseren wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen gefunden hat. Insbesondere der *Kapitalismus* ist ja weithin selbst einfach Krieg und Gewalttat und wird – im bürgerlichen Klassenstaat – durch organisierte Gewalt aufrechterhalten. Er kann darum auch im Völkerleben nur immer wieder zu Gewalttat und Krieg führen, steht also ganz wesentlich hinter jener Mißachtung der internationalen Solidarität und Zusammenarbeit, deren höchste Erscheinungsform der Krieg ist. Sein Ausdehnungs- und Eroberungsstreben in die Welt hinaus, seine Gier nach Rohstoffen, nach Absatzmärkten für Verbrauchswaren und dann namentlich für Kapitalgüter, sein Suchen nach gewinnbringenden Kapitalanlagen in unterentwickelten Ländern – das alles war seit jeher und ist bis heute eine Quelle endloser Völkerkonflikte, Kriege, Eroberungs- und Unterdrückungsaktionen. Auch der Faschismus hat hier eine seiner stärksten

Triebkräfte, der vergangene wie der zeitgenössische. Und da der Kapitalismus trotzdem aus seinen inneren Widersprüchen und Schwierigkeiten nie herauskam, suchte und fand er in den militärischen Rüstungen ein wirksames Mittel, um seine chronischen Absatznöte zu überwinden – mit all den unabsehbaren Gefahren, die daraus für den Frieden erwachsen. Karl Liebknecht hat nur wenig übertrieben, wenn er sagte: «Der Kreislauf der kapitalistischen Gesellschaft geht vom Krieg zur Krise und von der Krise zum Krieg.»

Internationaler Klassenkrieg! Ihre gefährlichste Form haben aber die kapitalistischen Kriegskräfte mit ihrem *Kampf* gegen die jungen *kommunistischen Staaten* – Sowjetunion, osteuropäische Volksrepubliken, China, Nordkorea, Nordvietnam – erreicht. Nicht allein ist jetzt dem Kapitalismus, nach dem Übergang dieser Länder zur Gemeinwirtschaft, ein ungeheures Betätigungsfeld versperrt und damit sein Leben selber bedroht, das unter dem Gesetz steht: Expansion oder Explosion; auch in den altindustriellen Ländern entwickelt sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, noch verschleiert durch eine blendende wirtschaftliche Hochkonjunktur, allmählich eine Lage, die tiefe revolutionäre Wandlungen des Gesellschaftsgefüges ahnen läßt. Sie womöglich doch noch zu verhindern, ist der Zweck des amerikanischen Eingreifens in Westeuropa seit 1945 und des «Kalten Krieges», der unter Führung der Vereinigten Staaten gegen die kommunistisch regierten Ostländer im Gang ist. Der Kampf, den der bürgerlich-kapitalistische Klassenstaat gegen den sozialen Umsturz schon längst innert seiner eigenen Grenzen führt, ist so zum weltweiten zwischenstaatlichen Klassenkampf geworden, der zuletzt mit Atomwaffen und den anderen Massenvernichtungsmitteln ausgetragen zu werden droht.

Vor *dieser* Drohung tritt alle Friedensgefährlichkeit des Kommunismus um so mehr zurück, als der Gewaltcharakter des Kommunismus weithin nur die Folge des Versagens von Demokratie, Sozialismus und Christenheit gegenüber der Not der unterentwickelten Länder und dann namentlich die Folge der Bekriegung der Sowjetunion wie «Rotchinas» durch die internationale Gegenrevolution ist. Der Kommunismus zieht – als Gewaltregime – sein ganzes Lebensrecht aus diesem Versagen, und der politisch-wirtschaftlich-militärisch-propagandistische Kampf, der jetzt über die ganze Welt hin gegen den Kommunismus als *den* Friedens- und Menschheitsfeind geführt wird, stärkt nur andauernd dieses sein Recht, statt daß eine in *freiheitlichem* Geist unternommene soziale Umwälzung es ihm entzöge. Wir müssen darum den im Namen von Frieden und Demokratie organisierten Kreuzzug gegen den Kommunismus als völlig widersinnig ablehnen, so wenig wir auch geneigt sind, damit dem Kommunismus einen Freibrief für seine Gewaltpraxis auszustellen.

Aber wir können auch nicht einen *Pazifismus* gutheißen, der im

Konflikt zwischen Kommunismus und Kapitalismus nur den Machtkampf zweier Gewaltsysteme sieht und von beiden gleich weiten Abstand hält, den sozialrevolutionären Charakter des Kommunismus – der nicht einfach aufgehoben ist – ebenso verkennend wie den reaktionär-gegenrevolutionären Charakter des Kapitalismus, der den Kommunismus erst erzeugt hat und ihn auf dem Gewaltweg festhält. Solche Art Neutralität wird der Wirklichkeit nicht gerecht und dient der Sache des Friedens schlecht, die mit der Sache der sozialen Revolution aufs engste verknüpft ist und eindeutige Parteinahme für diese Revolution verlangt, auch wenn uns das bis zu einem gewissen Maß an die Seite der kommunistischen Weltbewegung führt. Dem Terror, der uns dafür mit moralischer und wirtschaftlicher Liquidierung bestrafen will, werden wir uns keinesfalls beugen!

Neben der beharrlichen, gläubigen Ablehnung militärischer Gewalt gehört so das Einstehen für einen sittlich-religiös begründeten Sozialismus zu den wesentlichen Bestandteilen unseres Friedenskampfes. Wir setzen uns für ihn in den alten, fortgeschrittenen Industrieländern ein, und wir halten ihn namentlich für die gegebene Form, in der sich die Befreiung und Modernisierung der «zurückgebliebenen» Länder vollziehen muß. Mit dem kapitalistischen Imperialismus, der die weißen Gläubigervölker, eingeschlossen ihre Arbeiterschaft, zu Ausbeutern der farbigen Schuldnernationen macht, muß es ein Ende nehmen. Wie H. N. Brailsford in seinem Buch «Why Capitalism Means War» («Warum der Kapitalismus Krieg bedeutet») so richtig sagt: «Aufhebung des Imperialismus heißt ganz konkret Vernichtung dieses Schuldverhältnisses, Ausgleich dieser beiden Lebenshaltungen (des Wohllebens der weißen Völker und des Hungerlebens der farbigen). Wenn wir tapfer genug sind, das zu unserem dringlichen Ziel zu machen, können wir auf Gewalt verzichten und mit den Kriegen Schluß machen. Das ist das große Zukunftsabenteuer. Der Sozialismus vermag es zu inspirieren; kein anderer Glaube kann es planen. Die Geschichte wird erzählen, ob die Sozialisten das Format haben, es durchzuführen. Sie wissen, wovon andere keine Ahnung haben: daß der Frieden auf Gleichberechtigung erbaut sein muß.»

Sozialisten – Kommunisten Wenn die Geschichte in Zukunft nichts anderes von den Sozialisten erzählen wird, als was uns ihre Gegenwartspolitik über sie offenbart, dann bleibt es freilich bös mit ihnen bestellt. Nehmen wir wieder die Haltung der *französischen* Sozialisten gegenüber den Kriegen um Suez und um Algerien. Im Schoß ihrer Partei entwickelt sich zwar mehr und mehr ein gewisser Widerstand gegen die leidenschaftliche Unterstützung, die diese imperialistisch-kolonialistischen Unternehmungen von seiten der Parteiführung und der Parteimehrheit gefunden haben und weiter finden. Aber die Minderheit bringt es bisher höchstens zu wirkungslosen Einzelprotesten, ohne den Willen und die Kraft zum

geschlossenen, organisierten Kampf gegen die Mehrheitsmeinung und die korrupte Führung. Als Guy Mollet am Parteitag in Toulouse die Algerienpolitik seiner Regierung (die ja auch von ihrer Nachfolgerin festgehalten wird) als durchaus mit den Grundsätzen des Sozialismus und der Demokratie in Einklang stehend verteidigte, erhob sich auch die Opposition wie ein Mann mit der Mehrheit und sang begeistert die «Internationale» mit. Und wenn auch eine Anzahl Mitglieder der sozialistischen Fraktion in der Nationalversammlung den neuen außerordentlichen Vollmachten, welche die Regierung für ihren Kampf gegen die algerische «Rebellion» verlangte, die Zustimmung verweigerte, also die Parteidisziplin – dieses Götzengebot – brach, so folgte die Mehrheit doch wieder dem Befehl der Parteileitung und sagte ja zu einer Vorlage, die – wenn aus ihr auch die gefährlichsten Artikel herausgenommen wurden – doch die politischen Freiheitsrechte der Franzosen im Mutterland selbst schwer bedroht. «So hat», wie Oreste Rosenfeld im «France-Observateur» schreibt, «der Neukolonialismus die Partei bis direkt an die Schwelle des Faschismus geführt. Wenn die Partei ihrem eigenen Abgleiten auf der schiefen Ebene keinen Einhalt geböte, würde sie der Erniedrigung der Republik und allen Abenteuern Tür und Tor öffnen.»

Dabei liegt der Bankerott dieses ganzen Neukolonialismus ja längst offen am Tag. Der politische Bankerott: Gegen das Freiheitsstreben der 8 Millionen Algerier, die in absehbarer Zeit 15 oder 20 Millionen sein werden, wird auf die Länge alle Unterdrückungspolitik der 1,3 Millionen Europäer nicht aufkommen. (Nicht ohne Grund besorgt man in Frankreich, die Absetzung des «kollaborationistischen» Beys von Tunesien und die Ausrufung der Republik durch Bourguiba werde üble Rückwirkungen auch auf Algerien haben!) Und erst recht der moralische Bankerott: Was die Franzosen in Algerien verbrechen, schreit ja einfach zum Himmel. Woche für Woche morden sie Hunderte von Arabern und Berbern; in der (beliebig herausgegriffenen) Woche vom 15. bis 21. Juni zum Beispiel waren es nach «Le Monde» ihrer 741, und letzthin wurden an einem einzigen Tag (25. Juli) 101 «Rebellen» getötet (in Ungarn waren es «Freiheitshelden»). Die Sozialistische *Internationale* aber, die so voll moralischer Entrüstung gegen die Unterdrückung des ungarischen Aufstandes durch die Russen protestiert hatte, bringt keinerlei gemeinsame Kundgebung des Abscheus gegen diese Schlächterei fertig! Die Londoner «Peace News» hat schon recht: «Wir beobachten (an der westlichen Sozialdemokratie) tatsächlich die Entwicklung eines ‚nationalen Sozialismus', der erheblich mehr mit dem deutschen ‚Nationalsozialismus' der Hitlerzeit zu tun hat als mit den Gedanken, auf denen die Sozialistische Internationale früherer Jahre aufzubauen versucht wurde. Eine Internationale von Sozialisten bietet heute keine größere Verheißung für die Bruderschaft der Menschen, als es eine Internationale konservativer Parteien tun würde.»

Aber was will man? Die sozialistischen Parteien des Westens ha-

ben eben – wenn man von den italienischen Linkssozialisten absieht – schon lang allen revolutionären Schwung verloren. Auch die *britische* Labourpartei, die nach Kriegsende so kühn in der Richtung auf eine sozialistische Ordnung vorstieß, hat seither Angst vor ihrer eigenen Courage bekommen; in ihren neuen Programmschriften über «Öffentliche Unternehmungen» und «Industrie und Gesellschaft» wagt sie (nach dem «New Statesman») nur noch «eine begrenzte und höchst vorsichtige Ausdehnung des gesellschaftlichen Eigentums durch die nächste Labourregierung» zu empfehlen... Im Kern ist diese neue Politik ein Versuch, sich mit dem Kapitalismus zu verständigen, nicht ihn durch eine andere Form gesellschaftlicher Organisation zu ersetzen. Die Labourpartei richtet eben ihre Politik weithin nicht nach sozialistischen Erkenntnissen, sondern nach ihrer Wirkung auf die schwankenden Wählerschichten, die sie für einen kommenden Wahlsieg braucht. Das gleiche gilt von der *westdeutschen* Sozialdemokratie, die sich einbildet, durch Verzicht auf alle ernsthafte Sozialisierungspolitik und diplomatisches Lavieren aller Art die «gehobenen» linksbürgerlichen Schichten für sich gewinnen und im September Adenauer von der Macht verdrängen zu können – diesen rücksichtslos dreinhauenden Demagogen, der keinen Anstand nimmt, die Bundestagswahlen «eine Entscheidung zwischen Christentum und Kommunismus» zu nennen und als Folge eines Sieges der SPD den «Untergang Deutschlands» an die Wand zu malen! Was für einen Sinn hat es bei solcher Verbürgerlichung der sozialistischen Parteien eigentlich noch, nach der Staatsmacht zu streben, die man ja doch nicht für den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft gebrauchen will, sondern im besten Fall nur für einen «sozialen Wohlfahrtsstaat», der die *Grundlagen* der kapitalistischen Klassenherrschaft mit all ihren Riesenschäden unangetastet ließe?

Und wie will man da noch wirksam dem *Kommunismus* entgegentreten, der – freilich mit oft verderblichsten Mitteln – seinerseits die errungene Macht gründlich und großzügig für die soziale Umwälzung ausnützt, so wie sie seine Wortführer und Verwirklicher eben jeweils verstehen? Was man auch beispielsweise über Chruschtschews «neuen Kurs» für die *sowjetische* Wirtschaftspolitik sagen mag – der Mann steuert ihn mit größter Energie und Folgerichtigkeit seinem Ziel entgegen. Er räumt mit dem «Konservatismus» und den «alten Ideen und Methoden» jener Politiker radikal auf, die eine Dezentralisierung der Wirtschaft als abenteuerliches Experiment ansehen, ist vielmehr der Überzeugung, daß die Moskauer Bürokratie für die zentrale Leitung einer immer verwickelter und feiner werdenden Wirtschaft unfähig geworden ist, und führt jetzt ebenso planmäßig wie stürmisch den Grundsatz durch, daß die Wirtschaftsfragen «an den Produktionsstätten selber» gelöst werden müssen. Das wird, wenn es gelingt, eine richtige Revolution ergeben, vor allem in der Industrie, die heute genug geschulte Fachleute – Techniker wie Organisatoren – besitzt, um im

Rahmen des Gesamtplanes die Verantwortung für die Erfüllung der großen Wirtschaftsaufgaben selber zu übernehmen. Noch tiefer ist, wie Jacques Michel im «France-Observateur» (18. Juli) darlegt, die Umgestaltung, die in der sowjetischen Landwirtschaft erstrebt wird. Während die «Stalinisten» dreißig Jahre lang die Landwirtschaft, als rückständigen Produktionszweig, unter der Vormundschaft der «proletarischen» Planer gehalten und damit gerade an der vollen Entfaltung gehindert haben, geht jetzt die Schule Chruschtschew darauf aus, durch Lockerung der Zügel eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Bauern und Regime zu schaffen. Dadurch soll nicht allein die Landwirtschaft einen Stand erreichen, der es erlaube, die Vereinigten Staaten bis Ende 1958 in der Milchproduktion und bis 1961 in derjenigen von Fleisch einzuholen, sondern auch das Regime fester in der bäuerlichen Bevölkerung verankert und so ein «Sieg des kommunistischen Prinzips» gewonnen werden, der im Innern wie nach außen hin bedeutsame Folgen haben kann.

Auf die Entwicklungen in den übrigen kommunistischen Ländern Osteuropas – auch in Ungarn, wo ein andauerndes Schreckensregiment den Ausbruch einer neuen Volkserhebung zu verhindern sucht – kann ich hier des leidigen Platzmangels wegen nicht eintreten. Hingegen sei noch ein Wort zu den Vorgängen in *China* gesagt. Es scheint, ich habe Mao Tse-tungs berühmt gewordene Rede über die «hundert Blumen», die man ruhig im Garten der politisch-sozialen Auseinandersetzungen blühen lassen solle, zu wörtlich genommen. Tatsächlich wird von oben her schon wieder ziemlich viel «Unkraut» ausgerottet, das die Untergärtner als Blumen ansahen und hegten. Besonders wird im «Demokratischen Bund», der wichtigsten nichtkommunistischen Partei, tüchtig gesäubert; seine Führer legen einer nach dem andern jene Schuld- und Reuebekenntnisse ab, die uns so würdelos dünken, aber auch in China eben zum offiziellen Gleichschaltungsbetrieb gehören. Es wird noch geraume Zeit gehen, bis sich das Regime so gesichert fühlt, daß die Kontroll- und Diktatsfunktion der Kommunistischen Partei entscheidend gemildert werden kann . . .

Asien im Umbruch Vergessen wir doch nie, in welch riesenhafter Umgestaltung der ganze asiatische Kontinent begriffen ist – einer Umgestaltung, in der es einen einheitlichen, festen Führungswillen einfach braucht! Angesichts der Unfähigkeit des kapitalistisch-imperialistischen Westens, die unterentwickelten Völker dieses Raumes in freiheitlich-demokratischem Geist zur politischen Gleichberechtigung und zur sozialen Erneuerung zu führen, bietet sich natürlich dem Kommunismus die größte Chance, sie auf *seinem* Weg zu befreien. Allein in Südostasien sind 600 Millionen Menschen – ein Viertel der lebenden Menschheit – seit Kriegsende von britischer, französischer und holländischer Kolonialherrschaft frei geworden. Aber solange diese Völker ihr wirtschaftliches und staatliches Gleich-

gewicht nicht gefunden haben und die Gefahr blutigen Aufruhrs und gewaltigster Erschütterungen nicht von ihnen genommen ist, stellen sie die Welt vor Probleme, vor denen – wie man mit Grund gesagt hat – all die Fragen, um die sich das kommunistische und das nichtkommunistische Lager, immer am Rand eines neuen Krieges stehend, jetzt herumbalgen, an Größe und Wucht völlig in den Hintergrund treten. Ob Südostasien seine politische und soziale Revolution mit demokratischen oder mit diktatorischen Mitteln vollzieht, ist noch durchaus eine offene Frage. *Burma* und *Indien* sind bisher entschlossen, den demokratischen Weg zu gehen, aber es wäre voreilig, zu behaupten, sie könnten ihre Absicht auch durchhalten. Besonders in Südindien – in Madras, Haiderabad usw. – hat der Gedanke eines radikalen Agrarkommunismus schon seit geraumer Zeit Fuß gefaßt, und die Parlamentswahlen, die im vergangenen März in der Provinz Kerala stattgefunden haben, erzeigen einen derartigen Fortschritt der kommunistischen Bewegung, daß zum ersten Mal in der Geschichte Indiens ein von Kommunisten geführtes Ministerium ans Ruder gekommen ist. Ob es anderseits Nehru gelingt, durch Maßnahmen wie das kürzliche Verbot eines Streiks der Post- und Bahnangestellten sein Volk zu überzeugen, daß es eben weiterhungern müsse, wenn die Industrialisierung rasch durchgeführt werden solle, das bleibt erst abzuwarten. In *Indonesien* aber haben die Wahlen in Zentral-, West- und Ostjava geradezu einen Erdrutsch nach der kommunistischen Seite hin gebracht – und die Bewegung ist offenbar noch längst nicht zum Stehen gekommen. Man mag wohl sagen – wie es André Philip im «Christianisme Social» (Mai-Juni-Heft 1957) tut –, der Abzug der Holländer aus ihrem indonesischen Kolonialreich sei für dessen Bevölkerung eine Katastrophe gewesen; die Lebenshaltung habe sich um mindestens einen Drittel gesenkt, der Mangel an Technikern und Verwaltungsbeamten habe zu wachsender Unordnung geführt, und die Versuche, zentralistische Methoden und eine Formaldemokratie nach westlichem Muster einzuführen, hätten das Chaos nur vermehrt, weil sie den Bedürfnissen und Notwendigkeiten des Landes in keiner Weise gerecht würden. Sicher ist trotzdem – und das hebt auch André Philip hervor –, daß das indonesische Volk den Weg seiner nationalen und sozialen Befreiung um jeden Preis fortsetzen wird. «Wir stehen hier – so sagt er – vor einer ebenso gerechten wie unvermeidlichen Entwicklung; diese Völker wollen ihre Selbstbestimmung, auch wenn diese Freiheit im Anfang mit einer Verschlimmerung der Wirtschaftslage und der Not der Bevölkerung erkauft werden muß.»

Ähnliches gilt für *Vorderasien*. Die dortigen Verhältnisse sind freilich recht verwickelt, so daß ich mir vorbehalte, bald einmal des näheren darauf einzutreten, zumal hier ein Unruhen- und Brandherd entstanden ist, den zu überwachen gerade wir «Westler» allen Grund haben. Einstweilen nur ein paar Hinweise auf die wichtigsten Punkte.

Zunächst: Die kürzliche Behauptung des britischen Außenministers

Selwyn Lloyd (vom 27. Juli), im Mittleren Osten habe sich die Lage dank dem Eingreifen Großbritanniens und Frankreichs (Suezkrieg!) im vergangenen Herbst nunmehr «entschieden gebessert» und es sei damals eine Ausbreitung des Krieges verhindert worden – diese Behauptung ist eine offenkundige Unwahrheit. Das Gegenteil ist wahr: der britisch-französische Krieg gegen Ägypten hat die Welt unmittelbar an einen großen, allgemeinen Krieg herangeführt, und nur sein schleuniger Abbruch hat das Schlimmste verhindert.

Sodann: Die Aufgabe, «Ruhe und Ordnung» im Orient durch die Stützung der feudalen Herrschaftsmächte zu sichern, ist jetzt einfach von England (und Frankreich) auf Amerika übergegangen. Wie Paul Johnson im «New Statesman» (13. Juli) feststellt: «Die Scheiks und Könige, die Grundbesitzer und Kaufleute werden von nun an bei Washington Schutz suchen... Amerika wird an die herrschenden Feudalklüngel gebunden sein, die einzige Gruppe in der arabischen Gesellschaft, die bereit ist, mit dem Westen auf Grund von dessen Bedingungen zusammenzuarbeiten. Amerika wird außerstand sein, eine fortschrittliche Entwicklung zur Demokratie hin zu befördern. Nationalismus wird gleichbedeutend mit Kommunismus werden, und Amerika wird sich gezwungen sehen, die widersinnige Aufgabe zu übernehmen, die es schon im Fernen Osten auf sich genommen hat: die Freiheit durch ständige Gewaltherrschaft zu erhalten.» Daß sich England jetzt mit seiner Militärhilfe an den Sultan von Muskat gegen den rebellierenden Imam von Oman ebenfalls wieder als «Ordnungsmacht» betätigt, ist nicht ohne Ironie, muß es sich dabei doch gegen den König von Saudiarabien kehren, der hinter der Rebellion zu stehen scheint, und damit indirekt auch gegen die Vereinigten Staaten, von deren Öldollars der König lebt...

Ferner: Die «kommunistische Gefahr» für Vorderasien ist ein Propagandaschwindel, der nur dazu bestimmt ist, die amerikanische Vorherrschaft den Völkern des Mittelostens schmackhafter zu machen.* Der Kommunismus hat mindestens auf absehbare Zeit in diesem Raum nur ganz schwache Aussichten. In Moskau würde man sich schwer täuschen, wenn man erwarten sollte, durch Unterstützung des arabischen Nationalismus eine elementare sozialrevolutionäre Bewegung entfachen zu können. Der arabische Nationalismus wird gegenwärtig vor allem von einer sozial-konservativen Bourgeoisie getragen, die leicht gegenrevolutionär werden kann. «Jeder Nasser ist ein möglicher Tschiang Kai-schek», wie – etwas überspitzt vielleicht – schon gesagt worden ist. Die Ausspielung Ägyptens und Syriens gegen den Block Irak-Jordanien-Libanon-Saudiarabien – lauter amerikanische Satelliten – ist das Verkehrteste, was die Sowjetunion tun kann; eher gelingt es

* Das gilt auch von der Behauptung, die jüngsten Verschiebungen nach «links» hin, die in den militärischen Kommandostellen *Syriens* erfolgt sind, seien ein Beweis für die Absicht Moskaus, Vorderasien unter seine Herrschaft zu bringen (21. Aug.).

den Vereinigten Staaten, die Hand auch auf Ägypten und Syrien zu legen, als daß diese beiden Länder zu Werkzeugen Moskaus für die Sprengung der amerikahörigen Koalition im Orient werden. Der amerikanisch-imperialistische Einfluß in Vorderasien – wie überall sonst – wird nur durch die planmäßige Förderung der nationalen Befreiung und der sozialen Umwälzung gebrochen – im Kampf sowohl mit der konservativen Bourgeoisie wie mit dem reaktionären Feudaldespotismus.

Und schließlich: Im Rahmen einer solchen Gesamtpolitik kann und muß auch der arabisch-israelische Ausgleich bewerkstelligt werden. Dazu gehört, neben der Lösung des Problems der palästinensisch-arabischen Flüchtlinge, auch die Brechung der wirtschaftlichen Sperre der arabischen Staaten gegen Israel (die jetzt durch die Einstellung der Tätigkeit der British Petroleum and Shell Company umgekehrt noch verstärkt wird). Wird auf dieser Linie die Anerkennung des Lebensrechtes von Israel durch die arabischen Staaten erreicht und der arabische Haß gegen Israel zum Schwinden gebracht, so wird damit zugleich auch die Herrschaft der Feudalherren und Militärdiktatoren erschüttert, die in der künstlich genährten Feindschaft gegen Israel eine ihrer stärksten Stützen hat. Auch am Problem des Mittelostens zeigt sich so der enge Zusammenhang von sozialer Neugestaltung und Friedenssicherung, den jeder wirklichkeitsnahe Pazifismus fest im Auge behalten muß.

Das Weltgewissen erwacht Gleichzeitig muß freilich der *direkte* Kampf gegen den Krieg – das heißt für die militärische Abrüstung – ungeschwächt weitergehen. Ja, er muß noch viel tatkräftiger geführt werden als bisher, da wir nicht warten können, bis der Kapitalismus, der, nach dem Wort von Jean Jaurès, den Krieg in sich trägt wie die Wolke das Gewitter, überall zerbrochen ist. Die Londoner Abrüstungsverhandlungen sind freilich noch immer fruchtlos geblieben und werden es auch ferner bleiben, selbst wenn zuletzt irgend ein Abkommen unterschrieben wird, das man den friedenshungrigen Völkern vorweisen kann. Im besonderen der westmächtliche Vorschlag, Zonen abzugrenzen, innerhalb derer eine wechselseitige Überwachung der Vorbereitungen für einen allfälligen Überraschungsangriff aus der Luft stattfinden solle, ist schon darum zum Scheitern verdammt, weil die bis jetzt vorgeschlagenen Zonen zwar die wichtigsten Stützpunkte und möglichen Angriffsrouten der Sowjetunion einschließen, aber diejenigen Amerikas *nicht* erfassen würden, so die USA-Stützpunkte in Großbritannien, Spanien, Italien, Nordafrika, Saudiarabien, der Türkei, in Pakistan, im Pazifik, in Grönland und auf Island. Der Hinweis, daß dafür auch China, Vietnam und Nordkorea nicht in die Inspektion einbezogen werden sollen, ist natürlich nur eine Ausrede. Die Militärs und die Politiker der «Stärke» haben eben längst dafür gesorgt, daß ihre Grundkonzeption von keinem solchen Abkommen irgendwie bedroht wird, vor

allem nicht diejenige der Westmächte: Einkreisung der Sowjetunion durch einige hundert Stützpunkte, Aufrechterhaltung der Militärbündnisse (NATO, Bagdadpakt, SEATO), Fortgang der Herstellung und Anhäufung von Kernwaffen, und so weiter.

Das sieht man auch aus der «Berliner Erklärung» vom 29. Juli, die klipp und klar feststellt, daß eine umfassende Abrüstung die vorherige Lösung der deutschen Frage (natürlich im Sinn der Westmächte, mit bedingungsloser Räumung Ostdeutschlands durch die Russen) voraussetze und über die NATO nicht diskutiert werden dürfe, ein vereinigtes Deutschland vielmehr volle Freiheit haben müsse, sich dem Westblock anzuschließen, wenn es dies wünsche – woran selbstverständlich kein Zweifel möglich wäre, wenn das von den Vertretern Amerikas, Englands, Frankreichs und Westdeutschlands umrissene Programm durchgeführt würde. Sogar der vorsichtige «Oppositions»-Führer Ollenhauer bemerkt zu dieser Erklärung, sie setze die militärische Blockpolitik fort, die ja gerade die Spaltung Deutschlands und Europas herbeigeführt und vertieft habe.

Nein, von *solcherlei* Programmen für die Lösung der deutschen Frage und die Befriedung Europas ist rein nichts zu erwarten, sowenig wie von den reichlich unrealistischen Forderungen, die die ostdeutsche Regierung, im Einklang mit Moskau, zur gleichen Sache neuerdings erhoben hat. Will man mit der Abrüstung Ernst machen, dann muß man auf alle politischen «Vorbedingungen» entschlossen verzichten und ganz einfach – wirklich die Waffen niederlegen, zunächst einmal die Atomwaffen. Es ist hier wie in scheinbar undurchsichtigen, unentwirrbaren Lagen des Einzellebens: man muß einfach den nächsten Schritt machen, das vom Gewissen gebotene unmittelbar Rechte tun – dann lösen sich nach und nach die Verwicklungen von selber und der ganze Weg wird klar. So müssen auch die Völker jetzt den Höllenkreis von Vorbedingungen und Voraussetzungen für die Abrüstung durchbrechen und das tun, was nunmehr wirklich reif geworden ist: *auf die Bereitstellung von Kernwaffen entschlossen und ein für allemal verzichten.* Dann wird auch die politische Atmosphäre entgiftet werden – nicht bloß die natürliche Luft, die wir atmen – und das Klima geschaffen sein, in dem ein friedliches Zusammenleben der Nationen, Rassen und Sozialsysteme möglich wird . . . sofern man diese Koexistenz wirklich will. Das ist freilich Voraussetzung – die einzige, die zu erfüllen ist, soll die Abrüstung zur Tatsache werden.

Ist es Illusion, zu erwarten, daß sich die Forderung auf bedingungsloses Fallenlassen der Drohung mit Atomwaffen in den Völkern mehr und mehr durchsetzt? Ich glaube es nicht. Ich glaube vielmehr mit dem Engländer Joyce, der in der Neuyorker «Nation» (6. Juli) einen aufrüttelnden Artikel über die Abrüstungsbewegung veröffentlicht hat, daß «etwas Machtvolleres als nur Vernunft in den gewöhnlichen Männern und Frauen heute tätig ist . . ., etwas, das wie ein Weltgewissen auszusehen beginnt. Denn die wirkliche Krise, vor der die

Menschheit steht, ist dem Augenschein zum Trotz nicht militärischer, sondern moralischer Natur. Wir haben es nicht mehr mit einem wissenschaftlichen Dilemma zu tun, sondern mit einem geistigen ... Es geht nicht mehr um ‚kontrollierten (radioaktiven) Abfall', um ‚bewaffnete Inspektion' oder sonst eine der Nichtigkeiten, die als Staatskunst gelten; es geht einfach darum, ob der Mensch noch länger auf diesem Planeten zu leben verdient, wenn er eine Sünde wie diese (die Bereitstellung von Atomwaffen) auf dem Gewissen hat.» Mit nur zuviel Recht meint Joyce, die Bemühung um die Herstellung einer «sauberen» Wasserstoffbombe beweise lediglich, wie tief in seiner Verblödung und vollkommenen Mißachtung sittlicher Werte das militärische Denken gesunken sei; Machiavelli wäre vor Scham gestorben, wenn er seinem Fürsten Ratschläge gegeben hätte, wie sie jetzt seine Nachfolger in der Verteidigungskunst den Regierungen geben. Auf die Wiederkehr solcher Schamhaftigkeit, auf solchen siegreichen Durchbruch des Menschheitsgewissens vertrauen wir, wenn wir zur gesteigerten Fortführung des Kampfes gegen das Verbrechen der Politiker und Militärs, der Gelehrten und Laien aufrufen, die in Verkennung der elementarsten sittlichen Gesetze von immer vollkommeneren Kriegsrüstungen und gar von der Abschreckungswirkung der Atomwaffen die Sicherung des Weltfriedens erwarten. Das friedliche Zusammenleben der Völker *wird* gesichert werden – aber «nicht durch Heeresmacht und nicht durch Gewalt, sondern durch meinen Geist; so spricht der Herr der Heerscharen». (Sacharja 4, 6.)

12. August *Hugo Kramer*

Wenn in alten Zeiten ein Volk neues Land nötig hatte, dann veranstaltete es wohl einen Auszug der Jugend in dieses neue Land. Wir Schweizer haben im geistigen Sinne neues Land nötig. Darum muß die Jugend auswandern aus alten Urteilen, alten Stimmungen, alten Geistesbequemlichkeiten, um Neuland der Wahrheit und der Freiheit zu erkämpfen.

Leonhard Ragaz

Der einzige Tyrann in der Welt, den ich anerkenne, ist die «leise innere Stimme».

Mahatma Gandhi